



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 1. SEPTEMBER 2005

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir heißen Sie zu unserer Pressekonferenz willkommen. Zunächst möchte der EZB-Rat erneut seine tiefe Trauer über den Verlust seines ersten Vorsitzenden und des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Herrn Dr. Willem F. Duisenberg, der am 31. Juli verstorben ist, zum Ausdruck bringen. Der EZB-Rat hat zu seinen Ehren eine Schweigeminute eingelegt. Anlässlich der am 6. August in Amsterdam abgehaltenen Trauerfeier würdigte ich im Namen aller derzeitigen und ehemaligen Mitglieder des EZB-Rats die großartigen Eigenschaften und Errungenschaften meines Vorgängers. Seiner umsichtigen Führung verdanken wir, dass die EZB und das Eurosystem das Stadium ihrer Einführung und der anfänglichen Herausforderungen erfolgreich bewältigt und sich zu einem Zentralbanksystem entwickelt haben, das sich durch sein Handeln den Respekt und das Vertrauen der Menschen im Euroraum und darüber hinaus erworben hat.

Der Vizepräsident und ich möchten Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch EU-Kommissar Almunia teilgenommen hat.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass der geldpolitische Kurs vor dem Hintergrund der aktuellen Aussichten für die mittelfristige Preisstabilität angemessen bleibt. Das gegenwärtig über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg außergewöhnlich niedrige Niveau der nominalen wie auch realen Zinsen stützt die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet in erheblicher Weise. Unsere Einschätzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist, dass trotz bestehender Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auch weiter keine deutlichen Hinweise zu erkennen sind, dass sich im Euroraum ein grundlegender Preisdruck aufbaut. Allerdings behält der EZB-Rat die Entwicklung der Inflationserwartungen nicht zuletzt angesichts des Risikos von Zweitrunden-Effekten durch die

anhaltende Ölpreisverteuerung weiterhin genau im Auge. Besondere Wachsamkeit ist derzeit im Hinblick auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität geboten.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern. Im Rahmen der **wirtschaftlichen Analyse** zeigt die Schnellschätzung von Eurostat, dass das reale BIP im zweiten Quartal 2005 gegenüber dem Vorquartal um 0,3 % anstieg, verglichen mit der zuletzt veröffentlichten Wachstumsrate von 0,4 % im ersten Quartal. Im Euro-Währungsgebiet war somit ein weiterhin gedämpftes Wachstum zu beobachten. Die jüngsten Umfrageergebnisse untermauern insgesamt die Einschätzung, dass sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Halbjahr 2005 beleben könnte, wobei sich die gestiegenen Ölpreise weiterhin negativ auf Nachfrage und Vertrauen auswirken.

In außenwirtschaftlicher Hinsicht dürften das anhaltende Wachstum der weltweiten Nachfrage und die Verbesserungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Währungsgebiets die Exporte des Euroraums stützen. Binnenwirtschaftlich gesehen dürften die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, das robuste Wachstum der Unternehmensgewinne und die kontinuierlichen Effizienzsteigerungen der Unternehmen die Investitionstätigkeit ankurbeln. Das Konsumwachstum sollte sich weitgehend im Einklang mit der erwarteten Entwicklung des verfügbaren Einkommens allmählich beschleunigen.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit den neuen, von Experten der EZB erstellten Projektionen, die heute veröffentlicht werden. Die Wachstumsrate des realen BIP im Euro-Währungsgebiet dürfte diesen Projektionen zufolge im laufenden Jahr zwischen 1,0 % und 1,6 % und im kommenden Jahr zwischen 1,3 % und 2,3 % liegen. Jüngste Prognosen internationaler und privater Organisationen zeichnen ein ähnliches Bild. Verglichen mit den im Juni von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen sind die projizierten Bandbreiten für das reale BIP-Wachstum in den Jahren 2005 und 2006 leicht nach unten revidiert worden, worin sich sowohl die Abwärtskorrektur der Wachstumszahlen für das erste Quartal dieses Jahres als auch die Auswirkungen des Ölpreisanstiegs widerspiegeln.

Insgesamt betrachtet bestehen nach wie vor Abwärtsrisiken für die Projektionen zum Wirtschaftswachstum, die von den höheren Ölpreisen, dem geringen Verbrauchervertrauen und der Besorgnis über weltwirtschaftliche Ungleichgewichte herrühren.

Was die Preisentwicklung betrifft, so belief sich die jährliche Teuerung nach dem HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im August auf 2,1 % gegenüber 2,2 % im Juli. In den kommenden Monaten dürften die jährlichen HVPI-Inflationsraten hauptsächlich aufgrund der jüngsten Ölpreisentwicklung um das gegenwärtige Niveau schwanken. Auf längere Sicht dürfte die HVPI-Inflation nach den Projektionen des EZB-Stabs im Jahr 2005 zwischen 2,1 % und 2,3 %

und im Jahr 2006 zwischen 1,4 % und 2,4 % liegen. Die letzten Projektionen enthalten beträchtliche Aufwärtskorrekturen gegenüber den im Juni veröffentlichten Projektionen der Experten des Eurosystems, was darauf zurückzuführen ist, dass die Ölpreise erneut stärker gestiegen sind, als zunächst nach den Terminnotierungen zu vermuten war. Zugleich haben sich die Lohnsteigerungen in den letzten Quartalen allerdings in Grenzen gehalten; den Projektionen liegt die Annahme zugrunde, dass sich dieser Trend angesichts der aktuellen Lage am Arbeitsmarkt zunächst fortsetzen wird. Insgesamt sehen wir nach wie vor keine deutlichen Anzeichen dafür, dass sich im Euro-Währungsgebiet ein starker binnenwirtschaftlicher Inflationsdruck aufbaut.

Bei diesem neuen Basisszenario überwiegt das Risiko, dass es zu stärkeren Preissteigerungen aufgrund der möglicherweise weiter steigenden Ölpreise, administrierten Preise und indirekten Steuern kommt. Dabei besteht das Hauptrisiko für die Inflationaussichten darin, dass sich die anhaltende Steigerung der Ölpreise über Zweitrundeneffekte auf das Lohn- und Preissetzungsverhalten auswirken könnte. In dieser Hinsicht ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Tarifparteien ihrer Verantwortung weiterhin gerecht werden. Angesichts dessen werden wir die Lohnentwicklung und die Inflationserwartungen auch in Zukunft sehr genau beobachten. Um zu gewährleisten, dass die längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet auf einem stabilitätsgerechten Niveau bleiben, ist unablässige Wachsamkeit vonnöten.

Was die **monetäre Analyse** angeht, so bestätigen die jüngsten Daten das seit Mitte 2004 zu beobachtende starke Wachstum der Geldmenge und der Kreditvergabe. Die monetäre Entwicklung wird vom nach wie vor geringen Zinsniveau bestimmt, das sich in der kräftigen Zunahme der liquideren Komponenten der Geldmenge M3 widerspiegelt. Die niedrigen Zinsen fördern außerdem die Ausweitung der Kreditvergabe, und die Kreditnachfrage zieht im privaten Sektor auf breiter Front an. Das Wachstum der Hypothekarkredite bleibt ausgesprochen stark. In diesem Zusammenhang muss die Entwicklung der Preise an den Wohnungsmärkten aufmerksam beobachtet werden. Aus allen relevanten Indikatoren geht hervor, dass im Euroraum nach wie vor reichlich Liquidität vorhanden ist. Dies deutet mittel- bis längerfristig auf Risiken für die Preisstabilität hin.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die jüngste Ölpreisentwicklung die Inflationsprojektionen für das kommende Jahr nach oben verschoben hat, während sich der mittelfristige binnenwirtschaftliche Preisdruck im Euro-Währungsgebiet weiter in Grenzen hält. Allerdings sind die Risiken für das grundlegende Inflationsszenario aufwärtsgerichtet. Die **Gegenprüfung** der wirtschaftlichen Analyse anhand der monetären Analyse bestätigt die Notwendigkeit besonderer Wachsamkeit, um die mittelfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau zu verankern, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Durch Erreichen dieses Ziels leistet die Geldpolitik einen bedeutsamen Beitrag zu einer Erholung des Wirtschaftswachstums.

Die **Finanzpolitik** wird den besten Beitrag zu Stabilität, Wachstum und Vertrauen leisten, wenn die noch vorhandenen Ungleichgewichte im Rahmen von entschlossenen und gut konzipierten Reformprogrammen angegangen werden. Eine konsequente Umsetzung des überarbeiteten Stabilitäts- und Wachstumspakts würde die Glaubwürdigkeit der Reformpläne erhöhen und die Erwartungen bezüglich einer soliden Haushalts- und Wachstumslage verbessern. In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich, dass die Haushaltskonsolidierung nach wie vor zu langsam vonstatten geht. In einigen Ländern sind die Ziele für die Korrektur übermäßiger Defizite in Gefahr. Darüber hinaus wird Ländern, die die Defizitgrenze von 3 % in jüngster Zeit überschritten haben, aufgrund der sehr großzügigen Anwendung der neuen Regelungen des Pakts ein relativ langer Zeitraum zur Beseitigung des Defizits eingeräumt. Der EZB-Rat fordert daher die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Konsolidierungsanstrengungen gegebenenfalls zu erhöhen und die überarbeiteten Regelungen in einer Art und Weise umzusetzen, durch die diese Anstrengungen unterstützt und weitere Verfehlungen vermieden werden.

Was die **Strukturreformen** angeht, so hat die Europäische Kommission jüngst das „Lissabon-Programm der Gemeinschaft“ und einen Maßnahmenkatalog auf EU-Ebene vorgestellt, um der Lissabon-Strategie neue Impulse zu verleihen. Das Programm stellt auf die Förderung von Wissen und Innovation zur Stärkung des Wachstums ab, auf eine größere Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte sowie auf die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen. Es umfasst unter anderem Maßnahmen zur weiteren Öffnung der EU-Märkte und zur Vereinfachung des Regelungsumfelds für die Tätigkeit der Unternehmen. Das Lissabon-Programm der Gemeinschaft wird durch die Einführung nationaler Aktionspläne für Wachstum und Beschäftigung ergänzt, die die Mitgliedstaaten in diesem Herbst vorstellen werden. Fortschritte sind sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten erforderlich, um den wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist, zu begegnen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.